



SANIERUNG UND WACHSTUM

Wie Industriestandort UND Budget auf Vordermann gebracht werden können



„GROW & GLOW“

Initiative holt Mädchen an die HTL

Seite 8



KÄRNTEN

Neujahrsauftakt mit Plädoyer für Reformen

Seite 12

Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien

JUBILÄUM

Seit 30 Jahren ist Österreich EU-Mitglied

Seite 2

Expertenmeinung von ANNA REINDL

EU-Mercosur: Eine strategische Chance für Europa

Angesichts der aktuellen geopolitischen Lage sowie des zunehmend drohenden Wettbewerbsverlusts in Europa ist es gerade jetzt umso wichtiger, Handelspartner verstärkt zu diversifizieren.



Anna Reindl, Referentin
Internationale Beziehungen &
Märkte

Mehr als 20 Jahre nach Beginn der Verhandlungen über ein umfassendes Partnerschaftsabkommen zwischen der Europäischen Union und den vier Ländern der Mercosur-Region (Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay) wurde im Dezember 2024 die finale Einigung verkündet. Die EU und Mercosur schaffen zusammen einen Markt von mehr als 700 Millionen Menschen – und damit eine der größten Freihandelszonen der Welt.

Grundsätzlich besteht das Abkommen einerseits aus einer politischen Kooperation (etwa Zusammenarbeit im Bereich Bildung) sowie andererseits aus einem Freihandelsabkommen. Letzteres soll den Handel mit Waren und Dienstleistungen zwischen beiden Regionen stärken; v.a. durch den Abbau von Zöllen und anderen Handelshemmnissen. Konkret sollen etwa 91 Prozent der Zölle auf EU-Warenexporte nach Mercosur schrittweise abgebaut werden. Laut Europäischer

Kommission würde dies eine jährliche Zollersparnis von vier Mrd. Euro für EU-Unternehmen bewirken.

Politische Grundsatzeinigung bereits 2019

Bereits 2019 gab es eine erste politische Grundsatzeinigung über ein solches EU-Mercosur-Abkommen. Aufgrund von Gegenwind einiger EU-Mitgliedstaaten (wie u.a. Frankreich), besonders im Bereich der Landwirtschaft und des Umweltschutzes, folgten Nachverhandlungen. Daher wurde unter anderem ein eigenes Zusatzinstrument im Rahmen des Abkommens verhandelt, das vor allem die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele des Pariser Klimaabkommens rechtlich garantieren und durchsetzen soll.

Strategische Chance für ein selbstbewusstes Europa

Österreich ist mit einer Exportquote von 60 Prozent des BIP eine stark exportorientierte Volkswirtschaft. Mehr als

1,2 Millionen heimische Arbeitsplätze werden durch Exporte gesichert. Europa-weit hängen 38 Millionen Arbeitsplätze an EU-Exporten zu Drittstaaten.

Die EU ist mit einem Anteil von 17 Prozent am Gesamthandel nach China der zweitbedeutendste Warenhandelspartner für Mercosur. Die Umsetzung des Abkommens könnte laut Studien zu einer Steigerung europäischer Exporte in die Region von bis zu 64 Prozent führen. Außerdem sichern EU-Exporte nach Mercosur bereits jetzt 32.000 Arbeitsplätze in Österreich.

Angesichts der aktuellen geopolitischen Lage sowie des zunehmend drohenden Wettbewerbsverlusts in Europa ist es gerade jetzt umso wichtiger, Handelspartner verstärkt zu diversifizieren. Das EU-Partnerschaftsabkommen mit Mercosur ist in diesem Sinne eine wesentliche strategische Chance für Europa, die dringend genutzt werden muss.

Wie geht es weiter?

Damit das Abkommen unterschrieben werden und in Kraft treten kann, müssen sowohl das Europäische Parlament als auch die EU-Mitgliedstaaten (im Rahmen des Rates der Handelsminister) zustimmen. Eine endgültige Entscheidung könnte aufgrund der noch zu erfolgenden Verfahrensschritte, etwa der juristischen Überprüfung und Übersetzung des Abkommens in alle EU-Amtssprachen, im Sommer dieses Jahres fallen.



30 Jahre EU-Mitgliedschaft: Erfolgsmodell mit Wachstumspotenzial

Der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union 1995 war ein Motor für mehr Wohlstand, Wirtschaftswachstum und Innovation. Doch das volle Potenzial der Union muss erst noch entfaltet werden.

„Die Teilnahme am EU-Binnenmarkt hat Österreich als kleine, exportorientierte Volkswirtschaft überproportional gestärkt. Fast jeder zweite Arbeitsplatz in Österreich hängt direkt oder indirekt vom Außenhandel ab, rund 70 Prozent der österreichischen Exporte an Waren und Dienstleistungen gehen in den EU-Binnenmarkt. Das unterstreicht, wie unverzichtbar die EU für unseren Wirtschaftsstandort ist“, so IV-Präsident Georg Knill.

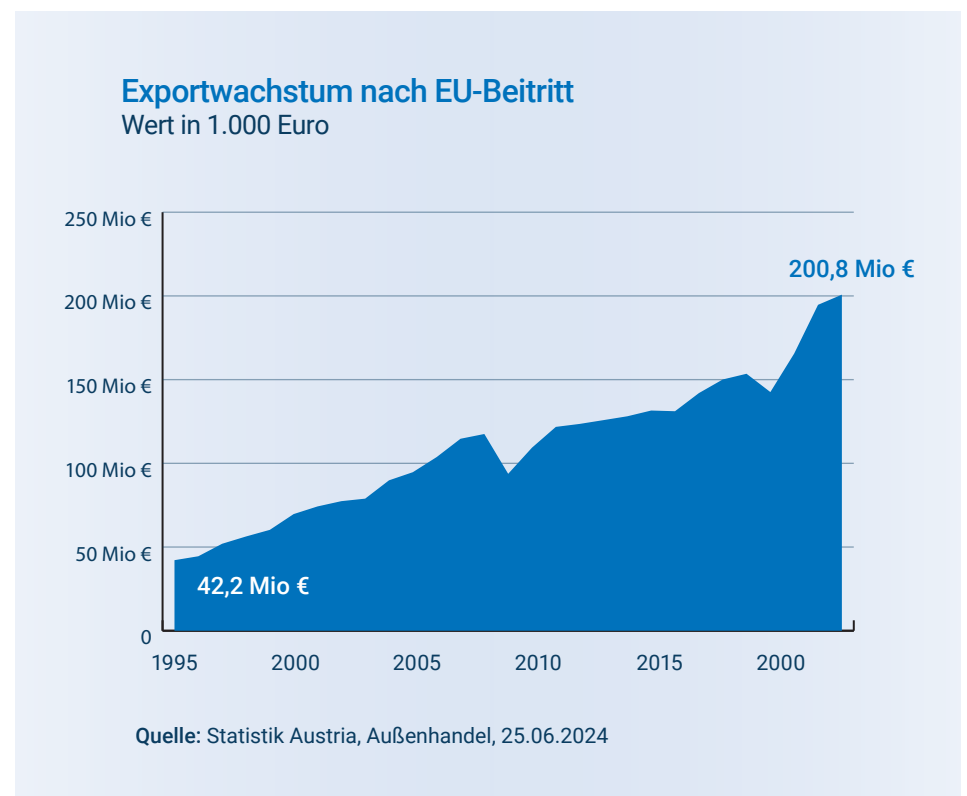
Mit einem Bruttoinlandsprodukt von rund 15 Billionen Euro, 450 Millionen Konsumentinnen und Konsumenten sowie 21 Millionen Unternehmen ist der Binnenmarkt der größte Wirtschaftsraum der Welt. Doch auch 30 Jahre nach seinem Inkrafttreten bleibt er in einigen Bereichen ein Flickenteppich – Barrieren, etwa regulatorische Divergenzen und ein hoher Verwaltungsaufwand, bremsen das volle Potenzial des Binnenmarkts aus.

Eine Union, die ihr Potenzial verwirklicht

Die EU läuft in den letzten Jahren zusehends Gefahr, durch Überbürokratisierung und Überregulierung unternehmerische Initiative zu ersticken oder

Im Jahr 2025 feiert Österreich 30 Jahre seit dem Beitritt der Republik zur Europäischen Union. Seit damals hat sich das Land zu einem der dynamischsten und innovativsten Mitglieder der EU entwickelt und enorm von der Mitgliedschaft profitiert. Die wirtschaftlichen Vorteile der österreichischen EU-Mitgliedschaft werden heute als quasi selbstverständlich angesehen – doch erst die EU-Mitgliedschaft hat die Export- und Investitionserfolge der österreichischen Wirtschaft ermöglicht.

Der europäische Binnenmarkt mit seinen vier Freiheiten (dem freien Waren-, Dienstleistungs-, Kapital- und Personenverkehr) hat sich in dieser Zeit als das Fundament für Unternehmertum, Wohlstand und Wachstum herausgestellt.



sogar abzuschrecken. Deshalb muss in den kommenden Jahren besonderes Augenmerk auf der Wiederherstellung und Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit Europas liegen. Bürokratieabbau, die Vereinfachung regulatorischer Vorgaben,

die Senkung der Energiekosten und die Schaffung eines harmonischen Wettbewerbsumfelds sind essenziell. 30 Jahre Österreich in der EU sind ein Grund zum Feiern – und ein Ansporn, die europäische Idee weiterzuentwickeln.

Woran wir eine neue Bundesregierung messen müssen

Österreich nimmt nicht mehr am globalen Wachstum teil, weil wir uns schlicht aus dem Markt gepreist haben. Wir brauchen jetzt möglichst schnell auch einen psychologischen Effekt und müssen Unternehmen das Vertrauen in den Standort zurückgeben.



Während der langen und streckenweise sehr zähen Verhandlungen, die seit der Nationalratswahl am 29. September 2024 geführt wurden, hatte man oft den Eindruck, dass der Ernst der Lage nicht von allen Beteiligten erkannt wurde. Daher hier noch einmal in aller Deutlichkeit: Die Industrie ist im dritten Rezessionsjahr. Es ist die längste Rezession seit 1954. Wir kämpfen mit Produktionsrückgängen, steigender Arbeitslosigkeit (in der Industrie + 17,8 Prozent 2024!) und nehmen nicht mehr am globalen Wachstum teil, weil wir uns schlicht aus dem Markt gepreist haben. Wir können das nicht achselzuckend auf „die globale Situation“ schieben – die Probleme sind größtenteils hausgemacht und es ist wirklich an der

Zeit, dass wir den aktuellen monatelangen Stillstand nicht weiter verlängern.

Neben einem Weg für spürbare Kostenreduktionen müssen Unternehmerinnen und Unternehmer das Vertrauen in den Standort zurückgewinnen. Nicht zuletzt die Belastungsfantasien der Gewerkschaften und der Spitze der Bundes-SPÖ haben dazu beigetragen, dass nicht mehr in Österreich, sondern an anderen Standorten investiert wird und dadurch hier Arbeitsplätze (im Übrigen auch Gewerkschaftsmitglieder!) und Innovationen verloren gehen. Den starken Sozialstaat, auf den wir zu Recht stolz sind, muss jemand finanzieren – es ist daher notwendig, die hohen Kosten bei Arbeit, Energie und durch Bürokratie zu senken und der Industrie wieder die Luft zum Atmen zu

geben, die sie braucht, um weiterhin die starke Kraft der Wertschöpfung dieses Landes zu sein. Und es ist möglich, dies auch in einer durchaus heiklen Situation eines massiven Budgetdefizits zu tun.

Eine ausgabenseitige Budgetkonsolidierung ist möglich und notwendig. Wenn man mit seinem Geld nicht auskommt, muss man weniger ausgeben – das sollte selbstverständlich sein. Die Potenziale wurden ohnehin in den vergangenen Wochen von vielen Seiten aufgezeigt, deshalb sei hier nur eine Zahl herausgegriffen: Wenn wir die sehr hohe Förderquote Österreichs von 7,5 Prozent auf den Durchschnitt der EU-Länder von 5,7 Prozent senken, werden 8,3 Milliarden Euro frei. Das ist mehr als die 6,4 Milliarden Euro, die Österreich bereits 2025 jedenfalls

einsparen muss. Durch Effizienzsteigerungen wäre ebenfalls viel zu gewinnen. Und schließlich bleibt noch die überbordende Bürokratie: Das Streichen unnötiger Berichtspflichten kostet nichts und würde eine Entlastung in Milliardenhöhe bringen. Zuletzt sei noch ein Hinweis erlaubt: Als Exportnation lebt Österreich von seiner Reputation im Ausland und von seiner Integration in den Binnenmarkt der Europäischen Union. Wir werden die Regierung an ihren Inhalten und Taten messen!

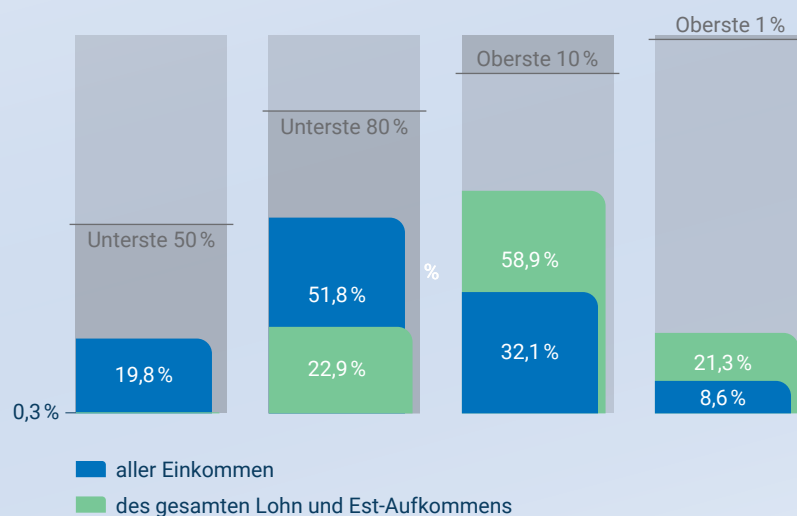
Ihr

Christoph Neumayer
(IV-Generalsekretär)

Grafik des Monats

Am 8. Jänner 2025 fand der sogenannte „Fat Cat Day“ statt – also jener Tag, an dem nach Berechnungen der Arbeiterkammer österreichische Spitzenmanager im Median so viel verdienen wie ein durchschnittlicher Arbeitnehmer im ganzen Jahr. Ausgeblendet wird bei dieser alljährlichen Debatte, dass Topverdiener auch Top-Steuerzahler sind: Der „Fat Cat Day“ ist also vor allem ein „Fat Tax Day“. Das oberste Prozent der Einkommensbezieher erhält 8,6 Prozent aller Einkommen und leistet 21,3 Prozent des gesamten Lohn- und Einkommensteueraufkommens; die obersten zehn Prozent der Einkommensbezieher erhalten 32,1 Prozent aller Einkommen und leisten stolze 58,9 Prozent des gesamten Lohn- und Einkommensteueraufkommens.

Topverdiener zahlen Großteil der Lohnsteuer



Quelle: Integrierte Lohn-Est-Statistik 2021 (Statistik Austria 2024)

Zahl des Monats

3,53
Milliarden
Euro

Diese Summe veranschlagte der Bund 2024 für direkte umwelt- und klimapolitische Förderungen. Das entspricht mehr als einer Verdoppelung zum Jahr 2022 (1,68 Mrd. Euro). Der Fokus der Ausgaben liegt laut Wifo beim Klimaschutz, während Kreislaufwirtschaft und Biodiversität kaum ins Gewicht fallen. 2023 flossen in Österreich insgesamt rund 33 Mrd. Euro bzw. 6,9 Prozent des BIP in Förderungen, wie Zahlen von Eurostat ergeben. Der EU-Schnitt liegt bei 6,3 Prozent.

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at
Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-Nr.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06. Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Redaktion: Aniko Benkö, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Marlena Mayer, Michael Mairhofer, Claudia Mischensky, Christoph Robinson, Michaela Roither, Irene Schulte.
Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich. Lektorat: Bernhard Paratschek.

Grafik: Nicola Skalé, Sarah D'Agostino.

Druck: Druck Styria GmbH & Co KG, 8042 Graz. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 8 x jährlich in einer Auflage von 8.300 Stück, Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at.

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Adobe Stock, IV-Burgenland/Lexi, IV-Kärnten/Helge Bauer, IV-NÖ/Adobe Stock, IV-OÖ/Adobe Stock, IV-Salzburg/Salzbürger Industrie/Neumayr, IV-Steiermark, IV-Tirol/FC IV Tirol/Oss, IV-Vorarlberg, IV-Wien/David Schreiber

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.



Expertenmeinung von JUDITH OBERMAYR-SCHREIBER

Sichere und leistbare Gasversorgung für Österreich

Das Ende des Gastransits durch die Ukraine und der deutschen Gasspeicherumlage rückt die Notwendigkeit einer sicheren, diversifizierten und leistbaren Gasversorgung in Österreich einmal mehr in den Fokus.

Die gute Nachricht zuerst: Kurz vor Ende des Jahres beschloss der Bundestag in Deutschland eine Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG), womit die deutsche Gasspeicherumlage nicht mehr an den Grenzübergabepunkten eingehoben wird. Ab Jahreswechsel wird die Umlage somit nur mehr bei Entnahmen innerhalb Deutschlands eingehoben. Seit ihrer Einführung 2022 zählte die Industriellenvereinigung zu den schärfsten Kritikern der unionsrechtswidrigen deutschen Gasspeicherumlage, weil sie den Handel innerhalb des Binnenmarkts beschränkt und die angestrebte Diversifizierung der Gasimportrouten nach Österreich als „Quasi-Zoll“ künstlich verteuert. Ein wichtiger und längst überfälliger

Schritt ist damit für den Industriestandort Österreich und ganz Mitteleuropa gelungen – die konsequente Kritik der IV und anderer Verbündeter hat sich ausgezahlt.

Dass die Abschaffung der Gasspeicherumlage noch kurz vor Jahresende beschlossen wurde, ist besonders vor dem Hintergrund des Stopps des Gastransits durch die Ukraine von essenzieller Bedeutung: Hätte Österreich seine Importe aus Russland über die Ukraine nach Baumgarten gänzlich über Lieferungen aus Deutschland ersetzt, wären durch die Gasspeicherumlage Kosten von rund einer Million Euro pro Tag angefallen.

Nun fließt seit 1. Jänner 2025 kein Gas mehr durch die Ukraine nach Österreich

bzw. Mitteleuropa, insbesondere die Slowakei. Trotz bestehender Vorkehrungsmaßnahmen im Hinblick auf die Versorgungssicherheit und Diversifizierung stellt der Wegfall dieser substanziellen Mengen durch den mit Abstand größten Gas-Entry-Punkt Österreichs den Standort Österreich bzw. Mitteleuropa vor nicht zu unterschätzende Herausforderungen.

Bereits seit vergangenem Herbst stiegen die Gaspreise mit dem Heranrücken des Auslaufens der Gastransitverträge auf ein sehr hohes Niveau; derzeit pendeln sie sich bei rund 50 Euro pro Megawattstunde ein, was den Standortfaktor Energie insgesamt massiv verteuert und letztlich auch die Inflation antreibt. Die Gaspreise liegen damit vier- bis fünfmal



Judith Obermayr-Schreiber, Expertin Klima, Infrastruktur, Transport, Ressourcen & Energie

höher als in den USA – mit gravierenden Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit. Hinzu kommt, dass wir in Österreich bzw. Europa einen vergleichsweise kalten Winter erleben und sich die Gasspeicher deutlich schneller entleeren als etwa im Vorjahr. Die Wiederauffüllung in der Einspeichersaison während der warmen Jahreszeit wird dadurch erschwert bzw. verteuert, dass sich die prognostizierten Gaspreise über den Sommer ebenfalls auf sehr hohem Niveau befinden.

Lehre in den bildungspolitischen Fokus rücken

Eine neue Studie im Auftrag von „zukunft.lehre.österreich.“ und der Industriellenvereinigung zeigt, welche Potenziale für eine zukunftsfähige Lehrausbildung ausgeschöpft werden müssen.

Trotz der derzeit angespannten Situation in Industrie und Wirtschaft und der turbulenten politischen Entwicklungen: Fachkräfte bleiben einer der wichtigsten „Rohstoffe“ Österreichs für die zukunftsweisende Weiterentwicklung des Standorts. Unternehmen bilden dafür Lehrlinge direkt im Betrieb zu hoch qualifizierten Fachkräften aus und bieten diesen damit die Grundlage für einen langfristig attraktiven und sicheren Karriereweg. Eine vom market-Institut durchgeführte Studie beleuchtet die Wahrnehmung der Betriebe zu ihren Lehrstellenbewerberinnen und -bewerbern, die Rolle der Grundbildung in der Schule und der Berufsorientierung sowie den Stellenwert der Lehre in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten. Die Auswahl der Befragten spiegelt die Struktur österreichischer Lehrbetriebe anhand der Lehrlingsanzahl in den einzelnen Sparten wider.

Die wichtigsten Studienergebnisse

Obwohl es längere Zeit gelungen war, die Auswirkungen der derzeitigen Rezession auf die Fachkräfteaktivitäten gering zu halten, sieht nunmehr rund ein Viertel der Befragten die Lehrausbildung durch die Wirtschaftskrise geschwächt. Gleichzeitig bleibt für die Unternehmen der hohe Stellenwert der betrieblichen Ausbildung bestehen: 92 Prozent der befragten Unternehmen wünschen sich für die



Bei der Studienpräsentation (v.l.n.r.): Monika Sandberger („z.l.ö.“), Georg Knill, Robert Machtlinger („z.l.ö.“) und David Pfarrhofer (market).

Lehrausbildung einen höheren Stellenwert auf der politischen Agenda. Betriebe berichten vermehrt von Defiziten im Bereich der Grundkompetenzen, der Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt und der Umgangsformen. 79 Prozent der Betriebe sehen einen Bedarf an intensiverer Vorbereitung auf das Arbeitsleben und die beruflichen Anforderungen. Besonders größere Unternehmen betonen hier den Wunsch nach Verbesserung.

Verbesserung der Grundkompetenzen notwendig

IV-Präsident Georg Knill betont die große Bedeutung der betrieblichen Ausbildung für junge Menschen und die Industrieunternehmen: „Die Industrie ist in den letzten Jahren zum zweitgrößten Lehrlingsausbilder aufgestiegen. Die größten Herausforderungen bleiben leider nach wie vor die Vorkompetenzen angehen der Lehrlinge – daher wünschen wir uns

von der künftigen Bundesregierung eine Qualitätsoffensive in der Grundbildung, z.B. durch die Einführung einer Bildungspflicht sowie eine professionelle Bildungs- und Berufsorientierung“, so der IV-Präsident. Nicht zuletzt sieht er aber auch Luft nach oben, wenn es darum geht, das Image der Lehre in der Bevölkerung zu heben: „Dafür braucht es einen gesellschaftlichen Schulterschluss aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft.“

„Weltraum wird stärker für Sicherheitszwecke eingesetzt“

Im Interview spricht der Generaldirektor der Europäischen Weltraumagentur (ESA) Josef Aschbacher über die Weltraumforschung der EU, die Rolle Österreichs und Exportchancen für Unternehmen.

Begonnen beim Draghi Report bis zur erstmaligen Einsetzung eines EU-Kommissars für Defence Industry and Space, gibt es auf EU-Ebene eine starke Priorisierung der Raumfahrt und der Weltraumforschung. Wie sehen Sie diese Entwicklungen?

Josef Aschbacher: Draghi hat sehr klar erkannt und beschrieben, dass Weltraum eine der Schlüsseltechnologien Europas ist, wo wir aufholen müssen, um vorne dabei zu bleiben und Innovation voranzutreiben. Weltraum ist essenziell wichtig für die Gesellschaft, die Sicherheit und verschiedene Wirtschaftszweige.

Auf europäischer Ebene kam es durch den neuen Kommissar, Herrn Kubilius, der sowohl für Weltraum aber auch für Verteidigung zuständig ist, zu einer großen Änderung in der Politik Europas. Dies wird sicher auch dazu führen, dass Weltraum mehr für Verteidigungs- und Sicherheitszwecke eingesetzt wird, was in der gegebenen geopolitischen Situation enorm wichtig für Europa ist.

Weltraum ist eine sogenannte Querschnittsmaterie. Welche Relevanz hat und welche Chancen bietet der Zukunftsbereich Weltraum dahingehend?

Raumfahrt ist eine Schlüsseltechnologie, die sehr viele Industriezweige bedienen wird, beginnend bei Wettervorhersagen über Navigationssysteme, Landwirtschaft, Städteplanung, Gesundheitswesen, Tourismus und viele andere Bereiche, in denen der Weltraum essenzielle Informationen bereitstellt. Wer diese an Bedeutung gewinnende Technologie nicht nützt, wird nicht zukunftsfit sein und einen Wettbewerbsnachteil gegenüber anderen Unternehmen und Wirtschaftszweigen haben. Daher ist es

wichtig, Weltraum auch in Bereichen wie pharmazeutische Industrie, Tourismus, Landwirtschaft und vielen anderen Bereichen einzubauen.

Wie ist Österreich hinsichtlich Technologien für die Anwendung im Weltraum aufgestellt und welche Rolle kann Österreich in Zukunft spielen?

Österreich ist ein wichtiges Weltraumland. Seit dem Beitritt Österreichs bei der europäischen Weltraumagentur ESA hat sich sehr viel getan. Österreich verfügt über Spitzentechnologie im Hardwarebereich, dh im Satellitenbereich,



beispielsweise wichtige Komponenten für verschiedenste Satelliten, die Erdbeobachtung, Navigation, Telekommunikation und Weltraumwissenschaft betreiben. Aber auch im Dienstleistungssektor ist Europa im Spitzenfeld und ist darüber hinaus dafür bekannt, eine exzellente

Industrie zu haben und exzellente Qualität zu liefern. Die Ausgaben in Österreich im Weltraumsegment sind allerdings viel kleiner als in anderen vergleichbaren Ländern wie beispielsweise Belgien, Schweiz oder Niederlande, wo viel mehr Geld in den Bereich Weltraum investiert wird und sich dadurch auch für die Industrie mehr Möglichkeiten ergeben.

Was braucht es aus Ihrer Sicht in Österreich, damit Österreich seine Position im internationalen Weltraumsektor halten und ausbauen kann?

Österreich hat eine gute Weltraumstrategie, die durch den Nationalrat beschlos-



Der Österreicher Josef Aschbacher ist seit März 2021 Generaldirektor der ESA – die Europäische Weltraumorganisation (European Space Agency, ESA), mit Sitz in Paris, ist eine internationale Organisation 23 europäischer Staaten für die Koordinierung und den Betrieb gemeinsamer Raumfahrtaktivitäten.

profitieren und mehr Möglichkeiten haben, sich in Europa zu entwickeln und europäische Expertise ins Ausland exportieren zu können

Wie kann Kooperation im Bereich Weltraum aussehen? Welche nationalen Partnerschaften kommen in Frage bzw. wären erstrebenswert?

Weltraum ist eine Technologie, die per Definition sehr oft mit internationalen Partnern durchgeführt wird. Gerade Europa hat durch die ESA sehr starke Vereinbarungen mit der NASA, der japanischen Weltraumorganisation, mit den Vereinigten Arabischen Emiraten, mit Indien und anderen Nationen. Hier kann Österreich und Europa seine Expertise einbringen, aber auch Exportmöglichkeiten für Unternehmen eröffnet bekommen. Dies ist eine der Stärken der ESA; international stark eingebunden zu sein und dadurch Kooperationen mit globalen Partnern zu ermöglichen.

In Europa hat gerade Österreich durch den Sitz des United Nations Office of Outer Space Affairs, das Büro der Vereinigten Nationen wo Weltraum global koordiniert wird, international eine global bedeutende Rolle.

Expertenmeinung von IRIS FISCHL-RUHLAND

EU-Forschungsrahmenprogramm – quo vadis?

In der europäischen Forschungspolitik stehen zentrale Weichenstellungen an: Unter anderem wird Mitte des Jahres der erste Vorschlag der Europäischen Kommission zum nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) und zum nächsten EU-Forschungsrahmenprogramm (FRP), „FP10“, erwartet. Im vergangenen Jahr wurden bereits erste wesentliche Pflöcke für die Konzeption und Diskussion zum FRP eingeschlagen. Dabei fokussieren die Bezüge und Empfehlungen zu FP10 auf die jetzigen Hauptprogramme der 1. Säule und 3. Säule (ERC-Grundlagenforschung, EIC-Innovation) des FRP sowie auf disruptive Innovationen – wie etwa in den Leitlinien der EU-Kommissionspräsidentin, dem Draghi-Bericht sowie zuletzt auch

im Berichtsentwurf des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie des EU-Parlaments (ITRE). Kritisch ist, dass Überlegungen zur Zukunft der kollaborativen F&E im FRP im Sinne der jetzigen 2. Säule bisher viel zu vage bleiben, wenn auch auf die grundsätzliche Relevanz dieses Herzstücks des FRP vereinzelt eingegangen wird. Diskussionen zu einem etwaigen Competitiveness Funds, unter dem im nächsten MFR sämtliche FTI-Programme budgetiert werden könnten, bringen zusätzliche Unsicherheiten mit sich.

Die IV setzt sich gemeinsam mit Mitstreitern auf nationaler und europäischer Ebene weiterhin massiv dafür ein, dass das künftige FRP die angewandte kollaborative F&E als wesentlichen Teil enthält und entsprechend

der jetzigen 2. Säule mit mindestens 60 Prozent der Mittel wie bisher ausstattet. Hier herrscht hoher Handlungsbedarf: Der Einbezug der wichtigen Übersetzungsrolle der Industrie, in Ökosystemen mit starken Partnern wie Hochschulen und Forschungseinrichtungen, für die erfolgreiche Anwendung und den Markt ist essenziell für ein zukunftsfähiges Europa! Demnächst werden zahlreiche Abänderungsanträge zum ITRE-Berichtsentwurf im Ausschuss und voraussichtlich im März im Plenum des EU-Parlaments abgestimmt, der unter anderem eine Budgetempfehlung enthält, dass die Hälfte des FP10-Budgets zu ERC und EIC gehen soll, was eine klare Reduktion der 2. Säule von rund 59 Prozent auf 34 Prozent des Budgets im Vergleich zum Status quo bedeuten würde.



Iris Fischl-Ruhland, Expertin aus dem IV-Bereich Forschung, Technologie & Innovation

61 Prozent der Rückflüsse an österreichische Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Hochschulen kommen derzeit aus der 2. Säule. Österreich muss seinen Erfolgsweg fortsetzen und sich für ein starkes zusammenhängendes Forschungsrahmenprogramm mit einem Budget von mindestens 200 Milliarden Euro einsetzen, das angewandte kollaborative F&E mit Fokus auf Schlüsseltechnologien als zentralen Teil enthält.

Sanierung und Wachstum

Österreich steht heuer vor der heiklen Aufgabe, das stark belastete Budget nachhaltig zu sanieren und gleichzeitig die richtigen Impulse zu setzen, um das hauchzarte Wirtschaftswachstum nicht wieder auszubremsen.

Die Stimmung in der Industrie könnte kaum schlechter sein: 2024 gingen 4,5 Prozent an Wertschöpfung verloren und die Arbeitslosigkeit stieg um 17,8 Prozent; die Industrie steckt im dritten Rezessionsjahr. Im Dezember ist die Beurteilung der aktuellen Lage und auch der unmittelbaren Zukunft so schlecht wie seit der Coronazeit nicht mehr. Der entsprechende Index des Wirtschaftsforschungsinstituts Wifo brach auf minus 27,3 Punkte für die aktuelle Lage in der Sachgütererzeugung und minus 20,8 Zähler für die Erwartungen ein. Die Nulllinie trennt positive von negativen Einschätzungen; und zum Vergleich: Gesamtwirtschaftlich lag der Index im Dezember bei minus 6,0 bzw. minus 6,6 Punkten. Und auch das neue Jahr startet mit trüben Aussichten.

Die vergangenen Jahre waren von externen Krisen und deren Bewältigung geprägt. Es gäbe allerdings für eine exportorientierte Volkswirtschaft wie Österreich global betrachtet Wachstumschancen – die Weltwirtschaft wächst mit rund drei Prozent und viele für Österreich spannende Märkte entwickeln sich dynamisch. Doch Österreich kann an diesen Wachstumschancen nicht teilhaben.

„Wir haben uns schlichtweg aus dem Markt gepreist“, sagt IV-Präsident Georg Knill. „Wir haben in den letzten zwei Jahren jeden 15. Wertschöpfungseuro in der heimischen Industrie verloren – das ist alarmierend“. Die Arbeitskosten sind durch eine Steigerung von 32 Prozent der Lohnstückkosten seit 2021 massiv gestiegen. Die Energiepreise für Industriekunden liegen nicht nur über dem EU-Schnitt, sondern auch beim Zwei- bis Dreifachen dessen, was produzierende Unternehmen beispielsweise in den USA bezahlen müssen. Diese hohen Kosten erschweren es Unternehmen, am Weltmarkt kompetitiv bleiben zu können. Das führt dazu, dass Produktionen an andere Standorte verlegt werden und auch Investitionen anderenorts stattfinden. Gleichzeitig drücken die vielen Monate politischer Unklarheit und der hohe Konsolidierungsbedarf des Bundesbudgets auf das Vertrauen in den Wirtschaftsstandort.

Wachstum hängt von den Bedingungen ab

Wirtschaftsforschungsinstitute haben für 2025 ein moderates Wachstum von rund einem halben Prozent prognostiziert. Dieser vorsichtige Optimismus ist stark von internen und externen Rahmenbedingungen abhängig. Einerseits geht es um die Frage, welcher Maßnahmenmix bei der Budgetkonsolidierung angewandt wird. Österreich hat bereits sehr hohe Steuereinnahmen – bei der Abgabenquote lag Österreich 2023 mit 43,5 Prozent auf Platz vier in der Europäischen Union. In den vergangenen Jahren stiegen jedoch – teilweise krisenbedingt – die Staatsausgaben auf ein neues Rekordniveau. „Eine nachhaltige Konsolidierung darf nicht durch Steuererhöhungen erfolgen, sondern muss ausgabenseitig und intelligent umgesetzt werden“, sagt IV-Präsident Georg Knill. Der Plan, den FPÖ und ÖVP nach Brüssel gemeldet haben, geht bereits in diese Richtung: Von dem noch heuer einzusparenden Volumen von 6,4 Milliarden Euro soll rund die Hälfte bei Förderungen eingespart werden, 1,1 Milliarden Euro bei den Ministerien; und der Rest durch Effizienzsteigerungen und Lückenschlüsse im Steuersystem. „Nur weniger auszugeben wird jedoch nicht reichen – das ist zu kurz gedacht und verkennt weitere anderweitige Konsolidierungspotenziale, etwa Effizienzsteigerungen und strukturelle Veränderungen“, so der IV-Präsident.

Nach dem Vorbild des „schwedischen Modells“ können in bestimmten Bereichen nominale Kostensteigerungen ausschließlich durch Effizienzgewinne ausgeglichen werden, ohne dabei das Leistungsniveau zu beeinträchtigen. Beispiele dafür sind die Verlagerung von stationären Leistungen im Gesundheitsbereich in Ambulanzen oder im Bildungssektor eine Reduktion der Dokumentationspflichten für Lehrer.

Schließlich müssen so schnell wie möglich auch jene unabdingbaren Reformen angegangen werden, die erst mittel- und langfristig Effekte haben werden. Das betrifft Strukturreformen, wie beispielsweise in den Bereichen der Pensionen, der Verwaltung oder auch des Föderalismus.

„Die Konsolidierung des Bundesbudgets ist kein Selbstzweck, sondern ein zentraler Baustein für eine stabile, vertrauenswürdige und wachstumsfördernde Wirtschaftspolitik. Durch eine intelligente ausgabenseitige Konsolidierung kann der Staat nicht nur seine finanzielle Stabilität sichern, sondern auch die Rahmenbedingungen schaffen, die Unternehmen und Bürger brauchen, um zu wachsen und zu investieren“, betont IV-Generalsekretär Christoph Neumayer.

Unternehmen entlasten ohne Budgetbelastung

Unternehmen zu entlasten, ohne dabei das Budget zusätzlich zu belasten, kann generell über den Abbau bürokratischer Auflagen erfolgen. Die Bürokratiekosten in Österreich belaufen sich auf zehn bis 15 Milliarden Euro, was 2,6 bis 3,8 Prozent der Wirtschaftsleistung entspricht. Österreichische Unternehmen geben im Durchschnitt 2,5 Prozent ihrer Umsatzerlöse für die Einhaltung bürokratischer Vorschriften aus – Geld, das gut für Investitionen und Innovationen ausgegeben werden könnte. Ein Bürokratiekostenindex und in weiterer Folge auch eine gesetzliche Verpflichtung zum Abbau bürokratischer Auflagen könnte Fortschritte sichtbar machen und Unternehmen erheblich entlasten. Aktuell liegt Österreich in dem von IV und Economica entwickelten Bürokratiekostenindex (BKI) im EU-Vergleich auf Platz elf, mit großem Abstand zu den Spitzenreitern in Skandinavien. Österreich liegt bei keinem der analysierten Indikatoren in den Top Ten der EU. In essenziellen Bereichen wie Unternehmensgründungen oder Steuererklärungen gehört das Land sogar zu den Schlusslichtern. Abhilfe könnte auch ein Deregulierungsgesetz ähnlich dem Deregulierungsgrundsatzgesetz, das 2020 ausgelaufen ist, schaffen. Dadurch könnten Regelungen wie Sunset-Klauseln zur Evaluierung neuer Gesetze oder „One in, two out“-Bestimmungen festgelegt werden.

US-Politik wird entscheidend sein

Entscheidend für das Wirtschaftswachstum in Österreich und Europa wird auch die Politik sein, die von Donald Trump in seiner zweiten Amtszeit als US-Präsident zu erwarten ist. Seine angekündigten „America First“-Maßnahmen könnten zu erheblichen wirtschaftlichen Verwerfungen führen. „Bis 2028 könnte die EU durch Trumps Maßnahmen kumulative BIP-Verluste von rund 420 Milliarden Euro erleiden, während die Verluste in den USA moderat blieben. Offene Volkswirtschaften wie Deutschland und Österreich wären besonders stark betroffen“, warnt Knill. Trumps Ankündigungen treffen Europa genau dort, wo die Schwächen liegen: Energiepreise („Drill, baby, drill!“), hohe Abgabenlast (Trump: Senkung der Körperschaftsteuer) und hohe bürokratische Last (Elon Musk als Deregulierungsminister). Vor diesem Hintergrund müsse sich die neue Bundesregierung auf eine starke Außenpolitik und eine gestaltende Stimme in der Europäischen Union konzentrieren, sagt Knill: „Österreich lebt vom Export – wir verdienen sechs von zehn Euro im Ausland. Das muss sich auch im Koalitionsprogramm widerspiegeln“.

Die USA sind nach wie vor ein unverzichtbarer Partner und Verbündeter für Europa und Österreich. Es ist daher für die exportorientierte Industrie unerlässlich, die Partnerschaft mit den USA auf eine neue, ausgewogene Basis zu stellen. „Daher ist es auch wichtig, auf die US-Regierung zuzugehen, die transatlantischen Beziehungen proaktiv zu gestalten, an der Lösung bestehender Probleme zu arbeiten und gleichzeitig die eigenen europäischen Interessen klar zu vertreten“, meint Neumayer.

„Wir starten von einer schwierigen Ausgangslage. Es braucht entschlossene Reformen, um Österreichs Wirtschaft wieder auf Wachstumskurs zu bringen“, erklärt IV-Präsident Georg Knill. „Klar ist: Es braucht Entschlossenheit, Mut und kluge Köpfe um die Herausforderungen, vor denen der Industrie- und Wirtschaftsstandort steht, erfolgreich zu meistern und ein weiteres Rezessionsjahr abzuwenden“, so Neumayer abschließend.

Vier zentrale Säulen für einen smarten Konsolidierungspfad:

**ZIELGERICHTETE
AUSGABEN-
KÜRZUNGEN IM
BEREICH DER
SUBVENTIONEN
UND FÖRDERUNGEN**

**EFFIZIENZGEWINNE
BEI GLEICHEM
LEISTUNGSNIVEAU
NACH DEM
VORBILD DES
„SCHWEDISCHEN
MODELLS“**

**BÜROKRATISCHE
ENTLASTUNG
DURCH EINE
GESETZLICHE
VERPFLICHTUNG
ZUM ABBAU
BÜROKRATISCHER
AUFLAGEN**

**STRUKTUR-
REFORMEN IN
DEN BEREICHEN
PENSIONEN,
VERWALTUNG UND
FÖDERALISMUS**

Prioritäten für den Weg zum Wirtschaftswachstum:

- **SENKUNG DER ARBEITSKOSTEN –**
entscheidend ist die Reduktion der
Lohnstückkosten
- **SENKUNG DER ENERGIEKOSTEN**
sowie Sicherstellung einer
verlässlichen Energieversorgung
zu wettbewerbsfähigen Preisen
- **ABBAU VON BÜROKRATIE**
und Überregulierung sowie Effizienz-
steigerung in der Verwaltung und
Streichung überflüssiger Regelungen

„Grow & Glow“-Initiative holt Mädchen an die HTL

Kann man die HTL (auch) zu einer „Schule der Mädchen“ machen? Das war der Ausgangspunkt eines Pilotprojekts, das von IV und MINTality-Stiftung gestartet wurde.

Die HTL ist ein großes Standort-Asset Österreichs: Jede vierte Matura in Österreich wird an einer HTL absolviert; annähernd die Hälfte des höher qualifizierten Technikpersonals der Industrie kommt aus der HTL – das ist etwa gleich viel wie von Unis und FHs zusammengenommen. Und auch, was die Eignung der Graduerten angeht, brauchen sich die Absolventinnen und Absolventen nicht zu verstecken: Sie werden von der Industrie mit Bestnoten bewertet und übertreffen in einigen innovationsrelevanten Feldern sogar die Hochschulgraduerten. Ohne die HTL-Talente gäbe es demnach keine österreichische Industrie, wie wir sie kennen – keine Hidden Champions, keine Weltmarktführer, keine erfolgreichen Industrie-Leitbetriebe.

Einziger Wermutstropfen rund um den Zukunftsmotor HTL ist die leider noch immer geringe Anzahl an jungen Frauen, die sich für eine HTL-Ausbildung

entscheiden. Vieles bewegt sich dabei in eine erfreuliche Richtung – so ist etwa der Anteil der HTL-Absolventinnen in den vergangenen Jahren von 14 auf zuletzt 21 Prozent gestiegen. In Anbetracht der rasanten Entwicklungen im Technologiebereich und der weiter steigenden Nachfrage nach MINT-Talenten ist es aber zu wenig. Es muss an Dynamik zugelegt werden.

So wurde auf Initiative der IV ein Kooperationsprojekt mit der MINTality-Stiftung, dem HTL-Direktorenverband und HTL-Schülerinnen gestartet. Ziel von „HTL-Girls Grow & Glow“ ist es, interessierte HTLs durch gezielte Interventionen stärker zu „Schulen der Mädchen“ zu machen und damit künftig mehr interessierte weibliche Talente anzuziehen. Operativ unterstützt durch die MINTality-Stiftung wird die HTL dabei in einer ersten Phase von ihren eigenen Schülerinnen unter die Lupe genommen: Wer oder was hat die Schulwahl beeinflusst? Wie wird das



HTL-Schülerinnen aus „HTL-Girls Grow & Glow“.

räumliche Setting der Schulen durch die jungen Frauen wahrgenommen? Welchen Einfluss haben HTL-Pädagoginnen und -Pädagogen und Role Models auf das Wohlfühlen der Schülerinnen an HTLs? Welche Ziele verfolgen HTL-Absolventinnen nach Schulabschluss?

In Anwesenheit von IV-Präsident Knill präsentierten die Schülerinnen erste Zwischenergebnisse bei der bundesweiten HTL-Direktoren-Tagung im Dezember in Salzburg und ernteten dabei

großes Interesse der Schulleitungen. In einer zweiten Projektphase wird nun im Zusammenwirken von Schülerinnen, HTL-Schulleitungen und Industrieunternehmen aus den HTL-Kuratorien eine „Best-of“-Liste an besonders wirkungsvollen Maßnahmen und Interventionen erarbeitet, um die HTL zur Schule der Mädchen zu entwickeln. Ebenso soll ein Tool mit Außenwirkung für die teilnehmenden Schulen entstehen, um den „Glow & Grow“-Spirit der Initiative auf ganz Österreich zu übertragen.

„High Potentials“ aus der Ukraine erhielten IV-Stipendium

Das Stipendium steht unter dem Motto „Praktischer Wissenstransfer im MINT-Bereich“ und wurde diesmal an drei junge Talente vergeben.



Die Stipendiaten bei der Verleihung im Haus der Industrie.

Vergangenen Oktober vergab die Industriellenvereinigung wieder drei Stipendien in Höhe von je 6.000 Euro an junge geflüchtete Studierende aus der Ukraine. Über das Stipendium dürfen sich Iryna Hontsovska (Computerwissenschaften, TU Wien), Mykhailo Barabash (Künstliche Intelligenz, Johannes Kepler Universität Linz) und Ilona Tylevna (Mathematik, Universität Wien) freuen. „Für uns ist eine solche Unterstützung

in dieser schwierigen Zeit für unser Land von großer Bedeutung“, meinte Vasyl Khymynets, Botschafter der Ukraine in Österreich, anlässlich der Verleihung der Stipendien. Gastgeber Christoph Neumayer, Generalsekretär der IV, ergänzte: „Uns ist es eine Herzensangelegenheit, begeisterte und begabte junge Menschen aus



IV-Generalsekretär Neumayer mit Oleksandr Irkhin, Gesandter-Botschaftsrat der Ukraine.

der Ukraine bei ihrem MINT-Studium in Österreich zu unterstützen.“

Ilona, Mikhailo und Iryna setzten sich in einem hochkompetitiven Bewerbungsverfahren durch und punkteten mit ihren beeindruckenden Platzierungen bei ukrainischen und internationalen Wissenschaftsolympiaden.

Das Stipendium hatte die Auflage des „praktischen Wissenstransfers im MINT-Bereich“, was Ilona, Mikhailo und Iryna vor eine auch sprachliche Herausforderung stellte, die sie souverän meisterten. Sie gestalteten gemeinsam mit Michael Eichmair und Dmytro Rzhemovskiy von der Universität Wien Workshops über Programmiersprachen und KI für begabte Jugendliche. Ihre Learnings? Planen ist wichtig, Improvisation und Kommunikation mindestens genauso! Nun planen die drei hochbegabten MINT-High-Potentials, so rasch wie möglich auch beruflich in Österreich Fuß zu fassen.



TRIGOS 2025: EINREICH-START FÜR ÖSTERREICHS FÜHRENDEN NACHHALTIGKEITSPREIS

Nachhaltigkeit, Innovation und gesellschaftliche Verantwortung stehen im Mittelpunkt des TRIGOS, Österreichs renommiertester Auszeichnung für zukunftsorientiertes Wirtschaften. Bereits zum 22. Mal wird der Preis im Jahr 2025 an Unternehmen verliehen, die mit ihrer Strategie und ihren Projekten einen nachhaltigen Beitrag für die Gesellschaft und den Planeten leisten.

Von 13. Jänner bis 7. März 2025 können Vorzeigeprojekte in sechs Kategorien eingereicht werden – der Fokus liegt dabei auf der Innovationskraft, der Wirkung der Projekte sowie ihrer Zukunftsfähigkeit. Der Preis gibt Industrieunternehmen die Möglichkeit, zu zeigen, wie Nachhaltigkeit auf innovative Weise im Betrieb gelebt werden kann.

Die feierliche Verleihung findet am 25. September in Wien statt.

Einreichung unter www.trigos.at.

„Technik kinderleicht!“: Forschendes Lernen in Kindergarten und Volksschule



Darüber hinaus werden maßgeschneiderte Angebote zu speziellen Themen wie beispielsweise Bionik oder Papier angeboten.

„Kinderleicht Cafés“

Ein zentrales Element des Projekts sind die „Kinderleicht Cafés“, eine Plattform für Austausch und Vernetzung: Hier können Pädagoginnen und Pädagogen ihre Erfahrungen teilen, neue Ideen entwickeln und praxisnahe Unterstützung durch erfahrene Wissensvermittler des Technischen Museums erhalten.

Praxisnahe Umsetzung

Die teilnehmenden Bildungsinstitutionen werden mit speziell entwickelten Materialien ausgestattet, die sich leicht in den Alltag integrieren lassen. Die Experimente sind so gestaltet, dass sie mit vorhandenen oder kostengünstig beschaffbaren Gegenständen durchgeführt werden können.

Das Projekt „Technik kinderleicht!“ (TKL) des Technischen Museums Wien in Zusammenarbeit mit der Jungen Industrie verfolgt ein klares Ziel: Kinder schon im Kindergarten- und Vorschulalter für Technik und Naturwissenschaften zu begeistern. Seit 2015 unterstützt diese Bildungsinitiative zahlreiche Pädagoginnen und Pädagogen dabei, technisches und naturwissenschaftliches Wissen spielerisch und praxisnah zu vermitteln.

Die Idee hinter „Technik kinderleicht!“

Das Technische Museum Wien und die Junge Industrie teilen die Vision, die natürliche Neugier der Kinder zu fördern und sie zu kleinen Entdeckern zu machen. Frühkindliche Begeisterung für Technik und Naturwissenschaften legt den Grundstein für späteres Interesse und Verständnis.

Doch viele Pädagoginnen und Pädagogen fühlen sich unsicher, MINT-Themen in den Kindergarten- oder Schulalltag einzubinden. „Ich habe selbst keine technische Ausbildung. Wie soll ich das vermitteln?“ ist eine häufige Sorge. Genau hier setzt „Technik kinderleicht!“ an: Mit leicht verständlichen Materialien und praxisnahen Schulungen der Pädagogen zeigt es, wie Technik mit einfachen Mitteln und geringem Budget spielerisch vermittelt werden kann. TKL stärkt die Kompetenzen der Pädagogen, indem sie lernen, Kinder aktiv bei ihren Experimenten zu unterstützen. Eine Teilnehmerin fasst es treffend zusammen: „Ich habe gelernt, dass ich nicht alles wissen muss. Manchmal reicht es, die Kinder zu begleiten und gemeinsam mit ihnen zu entdecken.“



Die Pädagoginnen und Pädagogen agieren als Multiplikatoren und tragen ihr Wissen in die jeweilige Institution weiter. So wird das Projekt nachhaltig in der frühkindlichen Bildung verankert.

Erfolge und Wirkung

Seit 2015 haben über 4.000 Pädagogen aus acht Bundesländern und den angrenzenden Nachbarländern an „Technik kinderleicht!“-Schulungen teilgenommen. Allein im Jahr 2024 wurden 680 Pädagogen aus vier Bundesländern zu MINT-Multiplikatoren.

Ein Blick in die Zukunft

Das Projekt „Technik kinderleicht!“ wird kontinuierlich ausgebaut: Im Sommer 2025 werden erstmals spezielle Workshops für Wiener Freizeitpädagogen angeboten. Zudem werden neue Unterlagen und Inhalte zum Thema Nachhaltigkeit entwickelt und die Kooperationen auf nationaler und internationaler Ebene intensiviert. Gemeinsam mit der MINTality-Stiftung entstehen neue Materialien speziell für Mädchen im Alter von vier bis acht Jahren. Das Hauptziel bleibt dabei unverändert: Kinder spielerisch zu fördern und sie für Technik und Naturwissenschaften zu begeistern.



Aufbau des Projekts

Das Herzstück von „Technik kinderleicht!“ ist ein durchdachtes Curriculum, das Pädagogen mit praxisorientierten Workshops zu den Themenbereichen Wasser, Technik im Alltag, Mobilität sowie Digitalisierung qualifiziert.

Mit „Technik kinderleicht!“ setzt das Technische Museum Wien gemeinsam mit der Jungen Industrie einen nachhaltigen Impuls für die Bildung der Jüngsten – und ebnet den Weg für eine Generation neugierig forschender Entdeckerinnen und Entdecker!



ZUKUNFTS- GERICHTETES ÖSTERREICH

Die Krux mit dem Farbenspiel.

Egal, welche Meinung man auch vertreten mag, aus neutraler Beobachterperspektive waren die letzten Monate in der Welt der österreichischen Innenpolitik turbulenter als so manche Filmszenen.

Während die einen mit geflügelten Worten wie „Verantwortung für Österreich“, „Kein weiter wie bisher“ oder „Unsere Hand ist ausgestreckt“ Bullshit-Bingo spielten, verfolgen doch einige Personen die Situation mit ernsthafter Sorge. Unser Farbenspiel wird immer komplizierter: Rot kann nicht mit Blau oder Pink, Schwarz nicht mehr mit Grün und gemeinsam können Rot und Schwarz auch nicht mehr. Schaut man sich die Mehrheitsverhältnisse – auch unter Berücksichtigung von Neuwahlszenarien – an, fällt einem auf, dass nicht mehr viel an Kompatibilität zwischen den Farben übrig bleibt. Für Fantasien wie Minderheitsregierungen oder politisch neutrale Expertenminister besteht im österreichischen System kaum ein Wille.

Langsam frage ich mich, wie sich das alle beteiligten Personen für die Zukunft vorstellen. Realitätsverweigerung ist wohl keine Langfriststrategie – es wäre an der Zeit, sich selbst ernst zu nehmen und leere Floskeln wie „Verantwortung übernehmen“ mit Inhalt zu füllen. Die Menschen in Österreich müssen das nämlich auch machen: Von Unternehmen wird selbstverständlich erwartet, sich laufend an neue Herausforderungen anzupassen, und auch am Arbeitsmarkt sollen die Menschen mit sich ändernden Rahmenbedingungen klarkommen. Warum also nicht die Politik? Die muss jetzt mutig sein, auch größere Veränderungen anzugehen. Wir müssen nicht mehr alles so machen, wie wir es in den letzten Jahrzehnten immer schon gemacht haben. Die Welt hat sich enorm verändert und wird sich noch viel mehr verändern.

Wir brauchen klare Ziele und einen langfristigen Plan für Österreich, und zwar über eine Wahlperiode hinaus. Einen stabilen Wirtschaftsstandort, Wohlstand und Sicherheit – das erwarten sich die Menschen, wenn sie ihre Stimme bei der Wahlurne abgeben.

Julia Aichhorn,
Bundesvorsitzende der Jungen Industrie

Die grüne Transformation braucht mehr Zeit

Dass der österreichische Zeitplan in Richtung Klimaneutralität halten wird, glaubt im real existierenden regulatorisch-ökonomischen Umfeld kaum noch jemand – es fehle das professionelle Management der Transformation der Energiesysteme, war man sich bei den Innovationsgesprächen der Innoregio Süd Steiermark und Kärnten in den Räumlichkeiten der Energie Steiermark in Graz einig.

An Commitment und Vorleistungen der Industrie im Süden Österreichs fehlt es jedenfalls nicht: Die beiden Präsidenten Kurt Maier (IV-Steiermark) und Timo Springer (IV-Kärnten) verwiesen auf die mit energieintensiven Industriebetrieben und den beiden großen regionalen Energieversorgern sowie wissenschaftlicher Unterstützung erarbeiteten klaren Bedarfsanalysen und -prognosen und auf den für die Steiermark schon vorliegenden grünen Masterplan. Der zuständige Kärntner Energielandesrat Sebastian Schuschnig kündigte die entsprechende Kärntner Energiestrategie für „Anfang 2025“ an. Die Eckpunkte sind klar: drastisches Sinken des Anteils von Erdgas am Energiemix, gleichzeitig ein starker Anstieg des Verbrauchs von elektrischem Strom – in Kärnten wird es bis 2040 sogar zu einer Verdoppelung kommen. Voraussetzung ist allerdings, dass die Energie leistbar und damit die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe gewährleistet bleibe, betonten beide Präsidenten.

Johannes Benigni vom internationalen Energieberatungsunternehmen JBC Vienna hält die Klimaziele weder auf internationaler noch auf österreichischer Ebene für erreichbar. Die Transformation werde schlicht mehr Zeit brauchen. Minutiös schilderte er, wie die Energiemärkte und Gasnetze funktionieren und welche Fehler man in Teilen Europas und in Österreich gemacht habe, indem man etwa bei der Gasversorgung einseitige Abhängigkeiten zugelassen und damit explodierende Kosten, Inflation und Verlust von Wettbewerbsfähigkeit in Schlüsselindustrien in Kauf genommen habe. Gas werde noch sehr lange wichtig als Backup für Erneuerbare bleiben, weil der verfügbare Wasserstoff wohl zunächst vor allem stofflich in Industrieprozessen eingesetzt werde; abgesehen davon, dass die Frage nach einer adäquaten Transportinfrastruktur noch weit von praktikablen Geschäftsmodellen entfernt sei.



Danny Güthlein, Martin Graf, Timo Springer, Kurt Maier, Barbara Eibinger-Miedl, Sebastian Schuschnig, René Haberl.

CO₂-Steuern streichen

Dazu kämen noch versagende Marktmechanismen wie etwa die berüchtigte Merit Order, auf die man nicht flexibel genug reagiert habe. Benigni fordert daher dringend ein professionelles Management in der Transformation der Energiesysteme auf allen Ebenen und für Österreich einen Energie- und Handelsminister. Als erste Akutmaßnahme ist er für eine Streichung von CO₂-Steuern, denn die Industrie habe keine Möglichkeit, auszuweichen. Sie verliere an Wettbewerbsfähigkeit und werde hier nicht mehr investieren. Markus Ritter von der Stahl- und Walzwerk Marienhütte GmbH möchte mit den Steuern auch gleich den teuren Handel mit den Emissionszertifikaten loswerden, der Investitionsvolumina in den Klimaschutz binde. Und dann sind da noch die leidigen gesetzlichen Rahmenbedingungen, die sowohl von Vertretern der energieintensiven Industrie als auch von den Energieversorgern kritisiert wurden. Benigni verwies darauf, dass in Deutschland für den Erneuerbaren-Ausbau längst ein „übergeordnetes öffentliches Interesse“ definiert wurde, was in Österreich fehle. Von „Weberknechten bis zu traumatisierten Käfern“ schlägt der Naturschutz die absurdesten Volten, um Ausbauprojekte zu verzögern und zu verteuern. Auch dazu gab es bei den Innovationsgesprächen zahlreiche Beispiele.

erbaren-Ausbau längst ein „übergeordnetes öffentliches Interesse“ definiert wurde, was in Österreich fehle. Von „Weberknechten bis zu traumatisierten Käfern“ schlägt der Naturschutz die absurdesten Volten, um Ausbauprojekte zu verzögern und zu verteuern. Auch dazu gab es bei den Innovationsgesprächen zahlreiche Beispiele.

Windkraft auch in den Bergen

In Kärnten will die FPÖ mit der gerade erfolgten Volksbefragung den Ausbau von Windkraftanlagen auf Almen und Bergen landesgesetzlich untersagen, beklagt Sebastian Schuschnig – seine Kollegin Barbara Eibinger-Miedl kann hingegen schon auf 115 Anlagen in der Steiermark verweisen. Damit ist man das windkraftstärkste Bundesland in den Alpen. Danny Güthlein, Vorstand des Kärntner Energieversorgers Kelag, betonte, wie wichtig die Windkraft sei, um mit der Erzeugung möglichst nahe an die Verbrauchskurve zu kommen. Der integrierte österreichische Netzinfrstrukturplan des Klimaministeriums sehe für die

alpinen Bundesländer eine Zubaukapazität von fünf Terawattstunden vor. Auch René Haberl, Vorstand der Treibacher Industrie AG, kritisiert die Widerstände, die langen und aufwendigen Verfahren beim Ausbau von Erneuerbaren und Netzen. Sein Unternehmen habe das bis dahin größte Kärntner Photovoltaik-Kraftwerk nur auf eigenem Industriegrund realisieren können.

Netzkosten optimieren

Die in letzter Zeit aufgeflamte Diskussion über die massiv steigenden Netzkosten für elektrischen Strom versuchten weder Danny Güthlein noch sein Gegenüber von der Energie Steiermark, Martin Graf, zu beschönigen. Letzterer setzt sich für innovative Lösungen ein, um die Kosten in den Griff zu bekommen; er nennt es „Flexibilitäten nutzen“. Da geht es um die Abnahme von Industriewärme oder um Leistungsbegrenzungen zu Spitzenzeiten, um die Netzkapazität zu entlasten. Die wissenschaftliche Basis etwa für die passenden KI-Projekte sei in der Steiermark vorhanden. Er stellte aber auch klar: „Wir müssen über die Ziele reden. Je schneller wir die Klimaziele erreichen wollen, desto teurer wird es“, stieß er ins selbe Horn wie Benigni. Güthlein unterstrich noch einmal, wie wichtig vor allem schnellere Verfahren für den effizienten und damit kostengünstigen Netzausbau sind.

Zuversicht zum Schluss

Trotz des problematischen Umfelds dokumentierte eine „Menti-Umfrage“ die überwiegende Zuversicht im Publikum, dass die Chancen der grünen Transformation gegenüber den Risiken dominieren. Claudia Mischensky und Christoph Robinson, die Geschäftsführerin der IV-Kärnten und der Geschäftsführer der IV-Steiermark, kündigten in ihrem Fazit der Veranstaltung an, dass ihre Organisationen zusammen mit ihren Mitgliedsunternehmen weiter beharrlich und faktenbasiert an den strategischen Grundlagen für die grüne Transformation der Industrie arbeiten werden.

JUNGE INDUSTRIE ZU BESUCH BEI LAM RESEARCH

Die Junge Industrie Kärnten auf den Spuren von Nanometer und Angström: Wie klein ist klein, und geht es noch kleiner? Beim Betriebsbesuch bei Lam Research am Standort in Villach tauchten die Mitglieder der Jungen Industrie Kärnten tief in die Geheimnisse der Halbleiter, der Produktionsanlagen und der Prozessschritte zur Erzeugung von Mikrochips ein. Neben der Besichtigung des globalen Training Centers und der Anlagen für Waferreinigung standen die Gastgeber Paul Nowakowski, Peter Strutzmann und Andrea Mandl den JI-Mitgliedern Rede und Antwort.



Die Junge Industrie Kärnten tauchte in die Geheimnisse der Halbleiter ein.

JUNGE SOZIALPARTNER SPRACHEN SICH FÜR WINDKRAFT UND GEGEN VERBOTE AUS

Am 12. Jänner fand in Kärnten die Volksbefragung über ein Verbot von Windrädern statt – eine knappe Mehrheit von 51,5 Prozent sprach sich dafür aus. Im Vorfeld bezogen die Jugendorganisationen der Kärntner Sozialpartner – darunter die Junge Industrie (JI), die Junge Wirtschaft und die Gewerkschaftsjugend – strikt Stellung gegen ein Verbot. Sie übergaben einen Generationenvertrag an Landeshauptmannstellvertreterin Gaby Schaub (SPÖ) und Wirtschaftsreferent Sebastian Schuschnig (ÖVP), in welchem die Forderungen in Bezug auf erneuerbare Energien noch einmal genau festgehalten werden.

Technologieoffenheit sei der Schlüssel zu einer sicheren, nachhaltigen und weitgehend autarken Energieversorgung, sagte Paul Podhajsky, Vorstandsmitglied der

JI-Kärnten. Solarenergie und Wasserkraft unterliegen saisonalen Schwankungen: „Gerade im Winter könnte Windkraft eine zuverlässige Quelle erneuerbarer Energie sein.“ Es wäre fatal, den Ausbau dieser Erzeugungsform zu verbieten. Die Jugendorganisationen rufen dazu auf, die Energiewende aktiv zu gestalten, und warnen vor parteipolitischen Spielchen und Verbotskultur. Mit einer Verdoppelung des Strombedarfs bis 2040 stehe Kärnten vor einer energiepolitischen Herausforderung. Gleichzeitig würden jedes Jahr 10 bis 12 Millionen Euro für fossile Energieträger wie Öl, Gas und Kohle ins Ausland fließen. Auch Timo Springer, Präsident der IV-Kärnten, plädierte in einem Statement nach der Volksbefragung noch einmal dafür, den Ausbau erneuerbarer Energie und Technologieoffenheit weiterhin mit Nachdruck zu verfolgen.



Markus Sylle (Junge Wirtschaft), Mario Pichler (Vorsitzender der Gewerkschaftsjugend) und Paul Podhajsky, Vorstandsmitglied der Jungen Industrie Kärnten, mit dem Generationenvertrag.

Standort Kärnten unter Druck

In einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Wirtschaftsreferent Sebastian Schuschnig zum Standort Kärnten richtete Timo Springer, Präsident der Industriellenvereinigung Kärnten, kurz vor Weihnachten einen dringenden Appell an die Koalitionsverhandler in Wien: „Ideologie können wir uns nicht leisten, die Hütte brennt. Österreich verliert im globalen Wettbewerb zunehmend an Boden.“

Die Herausforderungen: eine schwächelnde Konjunktur, hohe Energie- und Personalkosten sowie zunehmende Bürokratie. „Die EU-Regulierungen haben sich verdoppelt. Durchschnittlich wendet ein Industriebetrieb 2,5 Prozent seines Umsatzes allein für Bürokratie auf – das entspricht

oft der gesamten Gewinnspanne“, erklärte Springer. „Die Industrie ist das Rückgrat der Kärntner Wirtschaft, doch derzeit befindet sie sich auf der Intensivstation“, so Wirtschaftsreferent Schuschnig. Er fordert Maßnahmen wie stärkere Leistungsanreize auf dem Arbeitsmarkt sowie niedrigere Steuern und Abgaben.



IV-Kärnten-Präsident Timo Springer und Wirtschaftsreferent Sebastian Schuschnig gaben eine gemeinsame Pressekonferenz zum Thema Standort.



MUT, TATKRAFT UND DER WILLE ZUR VERÄNDERUNG

Die Industrie bietet Lösungen – es braucht aber eine handlungsfähige Politik, die umsetzt.

Österreich steht 2025 vor einem Jahr voller Herausforderungen – wirtschaftlich, politisch und gesellschaftlich. Die Lage ist ernst: Unsere Industrie befindet sich im dritten Jahr der Rezession, Insolvenzen und Arbeitslosigkeit nehmen zu und die Staatsausgaben sind mit 54 Prozent der Wirtschaftsleistung auf einem mehr als besorgniserregenden Niveau. Doch es gibt nicht nur Herausforderungen, sondern auch Chancen – wenn wir bereit sind, mutige Reformen anzugehen.

Ein Blick ins Ausland, beispielsweise nach Argentinien oder Amerika, zeigt, wie es gehen kann. Durch entschlossenes Handeln wird hier Bürokratie abgebaut, werden Staatsfinanzen saniert und wirtschaftliches Wachstum gefördert; Beispiele, von denen Europa lernen kann und muss. Denn eines ist klar: Hohe Energie- und Arbeitskosten sowie überbordende Regulierungen ersticken nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit, sondern auch die Innovationskraft unserer Wirtschaft. Wir müssen uns vom Bürokratiedschungel befreien, Arbeitsanreize schaffen und in Forschung und Entwicklung investieren. Denn Innovationen sind der Schlüssel zu langfristigem Erfolg.

Aber nicht nur die Situation in Österreich, auch jene in Europa insgesamt ist besorgniserregend. Während andere Weltregionen produzieren und innovieren, blockieren wir uns selbst durch Überregulierung. Das Beispiel des Verbrennungsmotors zeigt, wie Europa den Anschluss an die internationale Konkurrenz verliert, während China technologische Führungsrollen übernimmt. Die neue Regierung muss dringend handeln und Entscheidungen treffen, die Österreich stärken und die Basis für Wohlstand und Stabilität sichern; auch, wenn diese Entscheidungen in Hinblick auf Wählerstimmen nicht immer populär sein mögen. Die Industrie ist bereit, ihren Beitrag zu leisten, indem sie Konzepte erarbeitet und Lösungen anbietet. Doch es braucht eine handlungsfähige Politik, die diese Impulse aufnimmt und umsetzt. Es ist höchste Zeit für Mut, Tatkraft und Reformwillen – für ein starkes, zukunftsfähiges Österreich.

Timo Springer,
Präsident der IV-Kärnten



Edgar Jermendy, Sabine Herlitschka, Xenia Daum, Claudia Mischensky, Michael Velmeden, Timo Springer.

Neujahrsauftakt der IV-Kärnten 2025

Mehr als 200 Gäste aus Industrie, Politik, Verwaltung und Medien folgten der Einladung der Industriellenvereinigung Kärnten zum traditionellen Neujahrsauftakt.

Die Veranstaltung stand im Zeichen von Herausforderungen, Chancen und einem starken Plädoyer für Reformen, um die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie zu sichern. Die Geschäftsführerin der IV-Kärnten, Claudia Mischensky, eröffnete den Abend mit einer eindrucksvollen Begrüßung und erinnerte daran, was die

Kärntner Industrie so besonders macht: ihre Vielfalt, Leistungsfähigkeit und Innovationskraft.

IV-Kärnten-Präsident Timo Springer sprach in seinem Impuls von einem Jahr voller Herausforderungen und Chancen. Er forderte eine entschlossene Politik, die Reformen vorantreibt, um Österreichs

Wettbewerbsfähigkeit wiederherzustellen: „Die Industrie befindet sich im dritten Jahr der Rezession. Hohe Energie- und Arbeitskosten belasten uns, und der Staatshaushalt ist stark überlastet. Reformen sind dringend notwendig, um die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern.“ Ein weiterer Höhepunkt beim Neujahrsauftakt der IV-Kärnten war der Vortrag von Xenia Daum, Geschäftsführerin

der Kleinen Zeitung, die über den digitalen Wandel und die veränderte Mediennutzung sprach. Sie zeigte, wie sich traditionelle und digitale Kanäle ergänzen müssen, um die Zielgruppen wirkungsvoll zu erreichen. „Medien sind die Brücke zwischen Industrie und Gesellschaft. Für Unternehmen ist es entscheidend, authentisch und gezielt zu kommunizieren“, betonte Daum.

